

Hass macht krank

Palästinenser: „Kein Staat, kein Land, kein Recht“, FR-Tagesthema vom 29.6.

Die Politik Netanjahus verstößt gegen UN-Recht. Das sah ich zuletzt vor Ort 2017 auf einer Reise mit der IPPNW, den internationalen Ärzten gegen Atomwaffen und für Menschenrechte. Beispiel Hebron: Eine Minderheit von jüdischen Siedlern beherrscht die überwiegend palästinensische Stadt. In der Hauptdurchgangsstraße mussten die Palästinenser ihre Haustüren zunageln. Sie können nur über den hinteren Hauseingang hinaus. Teilweise war auch dieser verschlossen. Dann können sie nur über eine Leiter das Haus verlassen. Ich sah alte Frauen über eine Eisenleiter ihre Wohnung herabsteigen, um auf den Marktplatz zu gelangen. Dies ist ein Beispiel von Hass, der die Menschlichkeit zerstört.

Im Süden Israels waren wir zu Gast in einer Kleinstadt, wo Juden und Araber/Muslime zusammenwohnen in gegenseitiger Achtung. Sie hatten eigene Kultur und Sprache, wechselten alle zwei Jahre den Bürgermeister: der eine war Jude, Israeli, der andere Araber, Muslim, Israeli. Das ging vorbildlich!

Netanjahu, der einst aus den USA nach Israel einreiste, ist unfähig zur Versöhnung. Fanatische Religiöse, unfähig zur Versöhnung, unterstützen ihn und die vielen Gleichgültigen gegenüber Menschenrechten.

Dietmut Thilenius, Bad Soden

Raus aus dem Grundgesetz

Rassismus: „Die Macht der Begriffe“, FR-Meinung vom 15. Juni

Stephan Hebels Kommentar zur Initiative der Grünen, den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu tilgen, findet voll und ganz meine Unterstützung. Es ist in der Tat unredlich, wie die Strukturkonservativen von CDU und CSU diese lobenswerte Initiative, die auch die Unterstützung von Justizministerin Lambrecht (SPD) findet, madig zu machen versuchen. Längst überholt müsste die Tatsache sein, dass in der besten Verfassung, die wir je in Deutschland hatten, immer noch dieser rassistische Begriff enthalten ist.

Es ist wirklich die Macht der Begriffe, auf die geachtet werden muss. Das Grundgesetz schützt Minderheiten, egal welcher Herkunft. Anknüpfend an die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der davon sprach, dass Antirassismus gelebt werden muss, wäre es ein deutliches und positives Signal, wenn der zutiefst diskriminierende Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz entfernt wird. Gerade was Rassismus nicht zuletzt auch hierzulande betrifft, zeigt sich zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit, wenn es um die Würde des Menschen geht, eine tief klaffende Lücke. Der Begriff gehört nicht ins Grundgesetz.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/rasse

Weitere Aufrüstung führt nicht zu mehr Sicherheit

Zu: „Trumps Truppenabzug steht auf der Kippe“, FR-Politik vom 1. Juli, und „Im Streit vereint“, FR-Meinung vom 18. Juni

Truppenabzug ja, aber ganz!

Donald Trump kann nicht mit den Maßstäben gemessen werden, mit denen man vernunftbegabte Wesen misst. Aber die Ankündigung eines Truppenteilabzugs aus Deutschland muss in einem seiner lichten Momente erfolgt sein. Natürlich sollte die Bundesregierung nicht einfach hinnehmen, was dieser arme gestörte Mensch beschließt, nein, jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Truppenabzug ja, aber ganz.

Seit Jahren machen wir uns an den Kriegen der USA mit-schuldig! Denn ohne die Stützpunkte in Deutschland wäre zwar nicht Friede auf der Welt – leider – aber militärische Angriffe ohne z.B. den strategisch wichtigen Stützpunkt Ramstein wären zwar vermutlich machbar, aber doch sehr viel schwieriger durchzuführen. Was nützt es, wenn Deutschland sich nicht an Kriegen beteiligt, es den USA jedoch gestattet, Angriffe von deutschem Boden aus zu führen? Wie war das doch, von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen? Welche Scheinheiligkeit! Der Deutsche Boden wurde schon für viele Kriege missbraucht!

Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen: Abzug aller US-Truppen aus der Bundesrepublik, und zwar so schnell wie möglich. Nur so können wir die schon lange verlorene Unschuld wiedergewonnen.

Christa Kreß, Gelnhausen

Werden wir wirklich durch die Truppen geschützt?

Kommunen jammern, weil 9500 Soldaten aus Deutschland wegziehen. Ich finde, das ist nicht genug. Die USA haben weltweit ihre Soldaten auf rund 1000 Stützpunkten stationiert. Sie haben diese Staaten in die Schusslinien gebracht und wollen sich dadurch herausnehmen. Was machen die Amis bei uns? Größtes Militärkrankenhaus außerhalb der USA, Erneuerung der Flughäfen, Erhöhung der Flugfrequenz, Stationierung von Drohnen für weltweite Morde, die Atombomben in der Eifel sind für das „aggressive“ Russland bestimmt.



US-Senator Mitt Romney, hier auf der Münchner Sicherheitskonferenz, will den Abzug von US-Truppen aus Deutschland verhindern. DPA

Vom einem Gleichgewicht der Kräfte wird gequakt. Werden wir dadurch wirklich geschützt?

Russland muss sich gegen diese Bedrohung schützen. So gerät unser Land dank der amerikanischen A-Bomben in die Atomschusslinie. Wollen Sie atomisiert werden? Sicher nicht. Wollen wir doch uns, unsere Kinder und Enkel schützen. Deutschland muss endlich ein friedfertiges Land werden. Ein friedfertiges Land strahlt Frieden aus. Der Atomwaffensperrvertrag muss endlich von der Regierung unterschrieben werden. Die weltweiten Provokateure aus Nordamerika müssen hören: Ami go home! Wolfram Richter, Limburg

Warum fühlt sich die Nato von überall her bedroht?

Im Leitartikel verweist Marina Korbaki zu Recht auf interne Nato-Probleme und auf die Bedeutung Deutschlands für die US-Kriege in Afrika und Mittlerem Osten. Ob es sich dabei um „Antiterrorkriege“ handelt, da-

rüber lässt sich wohl streiten: Oder ist „regime change“ auch schlicht „Antiterror“? Ich halte einige weitere Aussagen für problematisch. Korbaki folgt schlicht der Nato-Interpretation, wenn sie behauptet, dass der INF-Vertrag durch Russland gebrochen wurde – dies ist unter Experten durchaus strittig (z.B. FR, 5.12.2019). Unstrittig ist, dass die USA aus diesem Vertrag ausgestiegen sind.

Zum Schluss kommt die übliche Beschwörungsformel: „Die Bedrohungen (weltweit) nehmen rapide zu“. Es wäre bedeutsam zu präzisieren, welche realistischen Bedrohungen die Autorin meint. Und was hat die Nato dazu beigetragen, dass sie entstanden? Der weltweite Terrorismus wäre hier zu nennen, der wesentlich mit dem „war on terror“ zunahm, wie z.B. Jürgen Todenhöfer richtig anmerkt (FR vom 11.12. 2015).

Noch wichtiger: Was kann das Militärbündnis Nato dazu beitragen, weltweite Probleme zu bearbeiten, u.a. Eindämmen von Epi-

demien, Minderung von Armut und Hunger, Abbau von sozialer Ungerechtigkeit, Bearbeiten der ökologischen Krise? Wie kann es sein, dass die Nato mit ihren horrenden Militärausgaben – den weitaus höchsten weltweit – sich überall bedroht fühlt? Und wie absurd ist die Behauptung, mit der nächsten Aufrüstung kehre endlich „Sicherheit“ ein? Könnte das Problem darin liegen, dass die Nato weniger ein Verteidigungs- als ein imperiales Bündnis ist? Wann endlich lernen „wir“ im Sinne der Aufklärung Kants, uns unseres „Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen“? Offensichtlich ist der „Mangel der Entschließung und des Mutes“ (Kant) immer noch so weit verbreitet, dass es äußerst schwierig scheint, sich von den Vorgaben der Nato oder allgemeiner des „militärisch-industriellen Komplexes“ (US-Präsident Eisenhower, 1961) frei zu machen: „Das Potenzial für einen verheerenden Anstieg der Macht an falschen Stellen besteht und wird bestehen bleiben. Wir dürfen niemals zulassen, dass diese einflussreiche Allianz unsere Freiheiten und demokratischen Prozess gefährdet.“ Es wird höchste Zeit, im Sinne dieser Mahnung endlich aktiv zu werden in Richtung Abrüstungsverhandlungen und Stärkung der UNO. Gert Sommer, Marburg

Vom einen Natoland in ein anderes

Die Leserbeiträge sind weitgehend inhaltlich übereinstimmend mit der vermutlich überwiegenden öffentlichen Meinung zum Thema. Wenn amerikanische Soldaten nach Osten verlegt werden sollen, geschieht das von einem Natoland in ein anderes Natoland. Vielleicht ist Polen mit dann nötigen finanziellen Unterstützungen der US-Präsenz in Europa freigebeiger.

Dem Beitrag von Herrn Nieden aus Trier nur zur Aufhellung der deutschen Situation folgende Bemerkung: Deutschland hat den selbst angezettelten Weltkrieg verloren. Wir haben als Folge bis heute keinen Friedensvertrag! Also keine falschen Vorstellungen. Horst A. Lehmann, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/truppenabzug

Gefährliche Tendenzen in der Truppe

Zu: „Wie rechts ist die Bundeswehr?“ und „Kramp-Karrenbauer krempelt KSK um“, FR-Politik vom 15. Juni und 1. Juli

Die Strategie ist immer eine defensive und sie läuft in der Reihenfolge nach gleichem Muster ab. Zuerst wird gelehrt und zurückgewiesen, eine empörte Haltung eingenommen, als seien die Vorwürfe aus der Luft gegriffen, um das Nest zu beschmutzen. Dann werden die Belege, in diesem Fall rechtsradikale bis zu demokratiefeindliche Umtriebe in der Bundeswehr, immer deutlicher. Nun ist von Einzeltätern die Rede und man wehrt sich gegen Pauschalurteile, die zumeist gar nicht geäußert wurden. Aufklärung wird angekündigt, die

zumeist gar nicht oder nur scheinbar erfolgt. Befragungen werden durchgeführt, die kaum etwas aussagen. Gefälligkeitsgutachten werden durchgeführt, die gut darauf achten, dass möglichst wenig Erhellendes ausgesagt wird. Schließlich kommt heftige Kritik aus den eigenen Reihen, und der Verleugungsdamm bricht. Nun erfolgt der Strategiewechsel und die Änderung des Sprachdiktums. Nun geht es um „umfassend“, „grundsätzlich“ und selbstverständlich transparent. Dann wird ausgesessen und abgewartet. Ir-

gendwann werden dann Ergebnisse vorgelegt, die den Namen zumeist nicht verdienen.

Grundsätzlich geht es in der Bundeswehr um Befehl und Gehorsam, und wir wissen nicht erst seit gestern, dass dies autoritätshörige Charaktere anzieht. Dies ist kein Pauschalurteil, aber es trifft auf einen überdurchschnittlichen Prozentsatz von Bundeswehrangehörigen zu und auch, dass diese häufiger in ultrarechten Lagern zu finden sind. Zudem: Wer Gewalt, auch staatlich legitimierte, ausübt oder darin trainiert wird, wer eine Waffe trägt, bedarf dauernder

Kontrolle. Haltungs- und Einstellungsthemen zu reflektieren gehört unbedingt zum Alltag. Soldaten sollten unterscheiden können, bei welchen Vorkommen sie Befehlen gehorchen müssen und bei welchen Gelegenheiten es auf ihren Standpunkt oder ihre Einschätzung einer Situation ankommt. Die Differenz zwischen Funktionieren und Selberdenken ist durchaus anspruchsvoll. Die Verteidigungsministerin wird noch dicke Bretter zu bohren haben, wenn sie diese gefährlichen Tendenzen in der Truppe beseitigen will. Robert Maxeiner, Frankfurt